

VATM • Oberländer Ufer 180-182 • 50968 Köln
Bundesministerium des Inneren
Referat ÖS II 1
RD Dr. Maor
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

Durchwahl	Datum
02 21 / 3 76 77-25	20.07.2011

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes

Sehr geehrter Herr Dr. Maor,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Zusendung des Gesetzentwurfes des BMI zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes und die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir hiermit gerne nutzen möchten:

Der Gesetzentwurf enthält bislang keine Entschädigungsregelung für die Inanspruchnahme von TK-Unternehmen für Auskünfte. Wir möchten Sie bitten, unbedingt eine Entschädigungsregelung gegenüber den in Anspruch genommenen Dritten aufzunehmen, die sich nach den Bestimmungen des JVEG richtet.

Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder lehnen derzeit wegen Fehlens einer gesetzlichen Regelung, eine Entschädigung für erbrachte Auskünfte unserer Mitgliedsunternehmen ab – so u. a. für Verkehrs- und Bestandsdatenauskünfte. Sie vertreten derzeit die Ansicht, das JVEG gelte in diesem Bereich nicht.

Diese Regelung muss aus unserer Sicht aber unbedingt aufgenommen werden. Es handelt sich hier um Kosten in Höhe von jährlich mehreren zehntausend Euro pro Unternehmen, für die die Behörden unsere Mitglieder derzeit nicht entschädigen. Dies ist nicht hinnehmbar. Wir bitten Sie, diesen Umstand bei den weiteren Beratungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Iris Nolte
Justiziarin

Im VATM sind rund 100 der im deutschen Markt operativ tätigen Telekommunikations- und Dienstleistungsunternehmen aktiv. Alle stehen im direkten Wettbewerb zum Ex-Monopolisten Deutsche Telekom AG und engagieren sich für mehr Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt – zu Gunsten von Innovationen, Investitionen und Beschäftigung. Seit der Marktöffnung im Jahr 1998 haben die Wettbewerber im Festnetz- und Mobilfunkbereich Investitionen in Höhe von rund 48,5 Mrd. € vorgenommen. Unmittelbar sichern die neuen Festnetz- und Mobilfunkunternehmen über 55.500 Arbeitsplätze in Deutschland sowie zusätzlich etwa 50 % der Beschäftigung in den Zulieferbetrieben.